

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung	14
A.	<i>Fragestellung der Untersuchung</i>	14
B.	<i>Kritik an der traditionellen Techniksteuerung</i>	16
C.	<i>Die Bedeutung von Risikoakzeptanz und Wahrnehmung bzw. Zuweisung von Verantwortung für den Untersuchungsgegenstand</i>	23
D.	<i>Bearbeitungsverlauf</i>	25
§ 2	Technologie, Risiko und Verantwortung	26
A.	<i>"Technik", "Gefahr", "Risiko" und "Restrisiko" - ein Überblick</i>	26
B.	<i>Risikobewußtsein und Risikoakzeptanz</i>	30
I.	Risikobewußtsein und Risikoakzeptanz als sozialpsychologisches Phänomen	30
II.	Der Entwicklungsstand von Risikobewußtsein und Risikoakzeptanz in unserer Gesellschaft	37
C.	<i>Umgang mit technologiebedingten Risiken in der Wahrnehmung von Verantwortung</i>	40
I.	Das Erfordernis eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Technik und ihren Risiken	40
II.	Verantwortung und Technologierisiko	41
1.	Verantwortung: eine Grundkategorie der Ethik	41
2.	Macht als zentrale Voraussetzung von Verantwortung	44
III.	Drei mögliche Träger von Verantwortung gegenüber technologiebedingten Risiken	45
1.	Entwickler und Anwender von Technik	45
2.	Die Öffentlichkeit	48

3. Der Staat	50
a. Das Verhältnis von Staat und Technik	50
b. Die (Mit-)Verantwortung des Staates für Technologierisiken	53
aa. Die Schutzpflichten des Staates	54
bb. (Mit-)Verantwortung durch Erlaubniserteilung	59
cc. Staatliche (Mit-)Verantwortung durch gesetz- geberische Gestaltung	61
dd. (Mit-)Verantwortung durch Untätigkeit	63
ee. Ergebnisse zur Frage der staatlichen (Mit-)Verantwortung	68
IV. Ergebnisse zur Wahrnehmung von Verantwortung gegenüber technologiebedingten Risiken	70
 § 3 Beweismaßanforderungen und Beweislastverteilung	71
A. <i>Einführung in die Thematik</i>	71
I. Das Regelbeweismaß	71
II. Regelbeweismaß und Amtsermittlungspflicht	72
III. Die Beweislastentscheidung	74
1. Non liquet-Situationen und Beweislastentscheidung	74
2. Zum Zusammenhang von Beweismaß und non liquet-Situation	75
3. Beweismaß und Beweislast bei der Bewältigung von umweltrelevanten Ungewißheiten	76
4. Objektive und subjektive Beweislast	76
5. Abgrenzung von Beweislast zu materieller Präklusion und Restrisiko	77
IV. Zwischenergebnis	78
B. <i>Theorien der Beweislastverteilung</i>	78
I. Einführung	78
II. Verteilung der Beweislast nach Klageart und Parteistellung	79
1. Konzeption einer Beweislastverteilung nach Klageart und Parteistellung	79

2. Kritik an einer Beweislastverteilung nach Klageart und Parteistellung	80
III. Normbegünstigungsprinzip	80
1. Die Konzeption des Normbegünstigungsprinzips	80
2. Kritik an der Normentheorie	82
3. Zusammenfassende Stellungnahme	84
IV. Das Regel- Ausnahmeprinzip	85
1. Das Verständnis des Regel- Ausnahmeprinzips	85
2. Einwände gegen das Regel- Ausnahmeprinzip	85
V. Das Prinzip in dubio pro status quo	86
1. Das Verständnis des in dubio pro status quo-Prinzips	86
2. Einwände gegen das Prinzip in dubio pro status quo	87
VI. Beweislastverteilung nach materiellrechtlichen Angriffs- oder Verteidigungspositionen	88
1. Zum Verständnis einer Beweislastverteilung nach materiellrechtlichen Angriffs- oder Verteidigungspositionen	88
2. Kritische Stellungnahme zu einer Beweislastverteilung nach materiell rechtlichen Angriffs- oder Verteidigungspositionen	88
VII. Das Prinzip in dubio pro libertate	89
1. Begründung des in dubio pro libertate-Prinzips	89
2. Kritik an der Anwendung des Prinzips in dubio pro libertate als Beweislastregel	89
VIII. Das Prinzip in dubio pro auctoritate	90
1. Die Begründung des Prinzips in dubio pro auctoritate	90
2. Kritik an einer Beweislastverteilung auf der Grundlage des Prinzips in dubio pro auctoritate	91
IX. Beweislastverteilung nach abstrakter Wahrscheinlichkeit	91
1. Das Prinzip einer Beweislastverteilung nach einem abstrakten Wahrscheinlichkeitsmaßstab	91
2. Kritik an einer Beweislastverteilung nach der abstrakten Wahrscheinlichkeit	92
X. Beweislastverteilung anhand eines konkreten Wahrscheinlichkeitsmaßstabes	93

1.	Die Begründung für eine Beweislastverteilung anhand eines konkreten Wahrscheinlichkeitsmaßstabes	93
2.	Kritik an einer Beweislastverteilung anhand eines konkreten Wahrscheinlichkeitsmaßstabes	93
XI.	Beweislastverteilung nach der Sphärentheorie (Beweisnähe, Gefahren- und Verantwortungsbereiche, Einflußsphäre)	94
1.	Die Herleitung einer Beweislastverteilung nach Sphärentypen	94
2.	Kritik an einer Beweislastverteilung nach Sphärentypen	95
3.	Zusammenfassende Stellungnahme	96
XII.	Beweislastverteilung nach Zumutbarkeits- und Billigkeitsgesichtspunkten	97
1.	Die Idee einer Beweislastverteilung nach Zumutbarkeits- und Billigkeitsgesichtspunkten	97
2.	Kritische Stellungnahme zu einer Beweislastverteilung nach Zumutbarkeits- und Billigkeitsgesichtspunkten	97
XIII.	Zusammenfassende Stellungnahme zur Anwendung der Beweislasttheorien im Bereich des Umgangs mit technologiebedingten Risiken	98
§ 4	Einzeluntersuchungen zum rechtlichen Umgang mit Umweltrisiken und zur Bedeutung von Beweismaß und Beweislastverteilung	101
A.	<i>Die polizeiliche Generalklausel im Umgang mit Umweltrisiken - am Beispiel der Behandlung von Altlastenfällen</i>	101
I.	Allgemein zur Bedeutung der polizeilichen Generalklausel im Umgang mit dem Ungewissen	101
II.	Anscheingefähr, Scheingefahr und Gefahrenverdacht	104
1.	Begriffsbestimmung	104
a.	Anscheingefähr	104
b.	Scheingefahr	105
c.	Gefahrenverdacht	106
2.	Einschränkung der weiteren Untersuchungen	107

III.	Die Bedeutung insbesondere von Gefahrenverdachtslagen	108
1.	Das Problem	108
2.	Die Behandlung insbesondere von Gefahrenverdachtslagen in der Rechtsprechung - am Beispiel der Altlastenproblematik	109
a.	VGH Baden-Württemberg (VGH Mannheim)	109
b.	Hessischer VGH (VGH Kassel)	113
c.	OVG Saarland (OVG Saarlouis)	114
d.	VGH Bayern (VGH München)	115
e.	OVG Rheinland-Pfalz (OVG Koblenz)	116
f.	Bundesgerichtshof	118
g.	Zusammenfassende Betrachtung der Rechtsprechung	120
3.	Die Behandlung insbesondere von Gefahrenverdachtslagen in der Literatur - am Beispiel der Altlastenproblematik	121
4.	Auswertung von Rechtsprechung und Literatur sowie eigene Stellungnahme	125
B.	Immissionsschutzrecht	130
I.	Zum Gesetzeszweck des BImSchG	130
II.	Beweismaßanforderungen und Beweislastverteilung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren	131
1.	Zur Gesetzesystematik	131
2.	Beweismaßanforderungen	132
3.	Zur Beweislastverteilung	134
a.	Exkurs: Non liquet hinsichtlich der Genehmigungspflichtigkeit einer Anlage	134
b.	Beweislastverteilung im Genehmigungsverfahren nach §§ 4 ff. BImSchG	135
III.	Beweislastverteilung im Falle der Drittanfechtung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung	139
IV.	Beweislastverteilung bei nachträglichen Anordnungen nach § 17 BImSchG	141
1.	Beweislastverteilung für das Vorliegen der Anordnungs-voraussetzungen nach § 17 Abs. 1 2 BImSchG	142
Exkurs:	Nachträgliche Beschränkungen von Anlagen-genehmigungen und eigentumsrechtlicher Bestandsschutz	143
a.	Der Begriff des Bestandsschutzes	143
b.	Bestandsschutz und BImSchG	146

c. Exkursergebnis	147
2. Beweislast für die Verhältnismäßigkeit der angeordneten Maßnahmen	149
V. Zur Beweislastverteilung beim Widerruf der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gem. § 21 BImSchG	152
VI. Zusammenfassung	154
C. Atomrecht	154
I. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren	154
1. Allgemein zur Regelung des § 7 Abs. 2 AtG	154
2. Das Verständnis des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG	155
a. Grundkonsens hinsichtlich der Auslegung des Begriffs der erforderlichen Schadensvorsorge	155
b. Differierende Auffassungen hinsichtlich der erforderlichen Schadensvorsorge	156
aa. Reine Gefahrenabwehr	156
bb. Gefahrenabwehr und Teilbereiche der Risikovorsorge	157
cc. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	157
dd. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	158
ee. Das hier zugrundegelegte Verständnis	159
3. Atomrechtliche Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG und non liquet-Situationen	160
4. Die Beweislastverteilung im übrigen Regelungsbereich des § 7 Abs. 2 AtG	164
5. Besonderheiten hinsichtlich der Beweismaßanforderungen	165
II. Risikobewertung und die Behandlung von non liquet-Situationen bei Widerruf atomrechtlicher Genehmigungen und bei nachträglichen Auflagen	166
1. Widerruf atomrechtlicher Genehmigungen	166
2. Nachträgliche Auflagen	169
III. Zusammenfassung	170
D. Planfeststellungsrecht	170
I. Der Planfeststellungsbeschuß als Sonderform der Zulassung umweltbelastender Anlagen	171

II.	Planerische Gestaltungsfreiheit und ihre materiell-rechtlichen Bindungen	172
III.	Der Planfeststellungsbeschuß in seinem Verhältnis zum dritt betroffenen Nachbarn	174
IV.	Rechtsschutzmöglichkeiten des Nachbarn	174
V.	Zur möglichen Ausgangsposition des Dritt betroffenen bei der Wahrnehmung seiner Interessen	177
VI.	Das Gebot des fairen Verfahrens als Vorgabe für die generelle Beweislastverteilung im Planfeststellungsrecht	178
VII.	Die Beweislastverteilung in Einzelfällen	179
1.	Einhaltung der zwingenden Rechtssätze des materiellen Rechts (Planungsleitsätze)	179
2.	Planrechtfertigung	180
3.	Abwägungsgebot	180
4.	Anspruch auf Schutzauflagen	182
VIII.	Schlußbetrachtung	182
E.	<i>Wasserhaushaltsgesetz</i>	183
I.	Einführung	183
II.	Die wasserrechtliche Erlaubnis und Bewilligung	184
III.	Beweislastverteilung bei der wasserrechtlichen Erlaubnis und Bewilligung	185
IV.	Abgestufte Beweismaßanforderungen im Wasserhaushaltsgesetz	187
V.	Zusammenfassende Stellungnahme	187
F.	<i>Gefahrstoffrecht</i>	188
I.	Die Bedeutung chemischer Stoffe als Umweltproblem	188
II.	Chemikaliengesetz	189
1.	Zielsetzung und Instrumentarien des Chemikaliengesetzes	189

2.	Das Meldeverfahren als Kompromiß zwischen der Wahrnehmung staatlicher Risikoverantwortung und wirtschaftlichen Interessen	191
3.	Zur normativen Ausgestaltung der Beschränkungs- und Verbotsmöglichkeiten von Chemikalien	192
4.	Beweislastverteilung und Beweismaßanforderungen bei den Beschränkungs- und Verbotsmöglichkeiten	193
5.	Zusammenfassende Stellungnahme	195
III.	Stoffbezogene Spezialregelungen	196
1.	Allgemeines	196
2.	Pflanzenschutzrecht	197
3.	Düngemittelrecht	198
4.	DDT-Gesetz	198
5.	Stellungnahme zur Beweislastverteilung im besonderen Gefahrstoffrecht	199
G.	Gentechnikrecht	200
I.	Einführung	200
II.	Gesetzeszweck des GenTG	202
III.	Genehmigung gentechnischer Anlagen	204
IV.	Beweismaßanforderungen und Beweislastverteilung bei der Genehmigung gentechnischer Anlagen	205
V.	Zur "Freisetzung" und zum "Inverkehrbringen" gentechnisch veränderter Organismen bzw. gentechnisch beeinflußter Produkte	206
VI.	Beweislastverteilung bei "Freisetzung" und "Inverkehrbringen" gentechnisch veränderter Organismen bzw. gentechnisch beeinflußter Produkte	208
VII.	Zusammenfassung	209
§ 5	Ergebnisse	210
Literaturverzeichnis		219